

1. Kriminalprävention befindet sich in einem Spannungsfeld zwischen Sicherheit und Freiheit. An welchen Stellen in diesem Spektrum setzen die kriminalpräventiven Ziele Ihrer Partei an? Welche Schwerpunkte werden gesetzt?

Als Partei für Kinder und Jugendliche möchten wir unseren Schwerpunkt auf die Verhinderung von Straftaten zu Lasten von Kindern und Jugendliche setzen. Wir fordern mehr Aufklärung und mehr Schulung aller Personen, die mit Kindern und Jugendlichen zu tun haben, um frühzeitiger Gewalt gegen Kinder aufzudecken. Wir fordern insbesondere eine deutlich bessere Personalausstattung bei Jugendämtern und der Jugendhilfe. Wir brauchen aber auch mehr Personal bei der Polizei, das frühzeitig Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung aufklären und verhindern kann. Denn Kinder und Jugendliche können sich oftmals selbst nicht ausreichend schützen und hier ist der Schutz der Kinder und Jugendlichen vorrangig den Freiheiten der Erwachsenen.

2. Seit mehr als 30 Jahren werden Strategien der kommunalen Kriminalprävention in ländlichen wie auch in urbanen Räumen umgesetzt. In welcher Form sollen diese Strukturen nach der Programmatik Ihrer Partei weiterentwickelt und gestärkt werden?

Prävention ist der Repression überlegen und daher ist es uns ein besonderes Anliegen, gerade im Bereich der Kinder- und Jugendkriminalität präventiv tätig zu werden. Wir halten es für besonders wichtig, Kinder und Jugendliche in ihrem Rechts- und Wertebewusstsein zu stärken. Dies und auch Aufklärungskampagnen über Gefahren sollten niederschwellig zugänglich sein, indem bspw. soziale Trainings in den Schulen durchgeführt werden, die für alle Kinder angeboten werden. Auch Selbstverteidigungskurse müssen barrierearm für alle zugänglich sein sowie sonstige Informationsveranstaltungen.

Für Problemgruppen, also Familien, in denen Unterstützungsbedarf besteht, müssen zusätzliche Angebote angeboten werden; von der individuellen Beratung bis zum Aussteigerprogramm.

Diese Angebote werden in Zusammenarbeit von Polizei, Kommune und freien Trägern angeboten und müssen niederschwellig sein. Die staatlichen Akteure haben dabei das Ziel, Konflikte zu vermeiden und arbeiten gemeinsam daran, dass Straftaten verhindert und nicht durch das Verhalten der Ordnungsbehörden provoziert werden.

Überdies ist es Aufgabe der Kommunen und Städte keine Angsträume entstehen zu lassen bzw. diese aufzulösen, indem dort eine bessere Ausleuchtung erfolgt, mehr kontrolliert oder anders belebt wird.

3. Der Deutsche Präventionstag setzt sich u.a. für die Vorbeugung und Verhinderung von Jugendgewalt und Jugendkriminalität ein. Welche Formen der Jugendförderung werden von Ihrer Partei hierzu angestrebt?

Siehe 2.

4. Wie beurteilt Ihre Partei eine verstärkte Förderung von Bildungsangeboten im Hinblick auf deren Auswirkungen auf abweichendes Verhalten und Gewaltbereitschaft?

Zunächst stellt sich für uns die Frage, was denn unter abweichendem Verhalten zu verstehen ist. Abweichendes Verhalten ist per se nichts Nachteiliges, denn nur weil eine Mehrheit etwas vertritt oder als positiv bewertet, muss dies nicht zwangsläufig richtig sein. Gerade in der Pandemie ist deutlich geworden, dass abweichende Meinungen und Verhaltensweisen sehr wichtig sind und oftmals nur die Inanspruchnahme von Grundrechten darstellen, dieses aber aus vielen Ecken als abweichendes negatives Verhalten angesehen wird. Geht es um die berechnete Inanspruchnahme von Grundrechten sollten Jugendliche darin gestärkt werden, eine eigene Meinung zu vertreten und auch danach zu leben.

In Bezug auf die Begehung von Straftaten oder im Hinblick auf Gewaltbereitschaft sind selbstredend andere Maßstäbe heranzuziehen. Auch hier gilt, dass Bildungsangebote helfen können, Menschen zu informieren, ihnen die Möglichkeit geben, zu reflektieren und letztlich sich anders zu entscheiden. Bildung ist aus unserer Sicht ohnehin der Schlüssel zu mehr Chancengerechtigkeit und damit mehr Wahlmöglichkeiten im Leben mit der Folge, dass abweichendes Verhalten und Gewaltbereitschaft vermindert werden können.

5. Sind aus Sicht Ihrer Partei die Förderung der gesellschaftlichen Vielfalt sowie des gesellschaftlichen Zusammenhaltes explizite Ziele, die auch im Bereich der Kriminalprävention verfolgt werden sollten?

Ja, unsere Partei steht für Vielfalt und gesellschaftlichen Zusammenhalt. Niemand darf aufgrund seiner Herkunft, seines Glaubens, einer möglichen Behinderung, seines Geschlechts oder seiner sexuellen Identität sowie aufgrund seines Familienstands oder seines Impfstatus benachteiligt werden. Wenn wir alle diese demokratischen Grundsätze beachten und vor allem auch Minderheiten umfassend akzeptieren, kann dies dazu führen, Straftaten zu verhindern. Wenn aber, wie derzeit zu beobachten, durch die Politik Minderheiten, nämlich Menschen, die sich nicht impfen lassen möchten, als Menschen 2. Klasse hingestellt werden, führt dies zur Spaltung der Gesellschaft und damit zu Hass und motiviert zu Straftaten auf beiden Seiten. Unser Ziel ist es, die Gesellschaft wieder zu einen und damit letztlich auch Kriminalprävention zu betreiben.

6. Welche zusätzlichen bundesgesetzlichen Regelungen hält Ihre Partei in den Bereichen Kriminalprävention und Opferschutz sowie im Bereich der Prävention von digitaler Kriminalität für anstrebenswert?

Wenn Sie darauf anspielen, die Strafrahmen zu verschärfen, halten wir dies nicht für zielführend. Denn Täter denken in aller Regel bei der Tatbegehung nicht an Strafrahmen. Wichtiger wäre es, Täter schnell anzuklagen und zu verurteilen und dort den Strafrahmen auszuschöpfen.

Im Bereich der Kriminalität gegen Kinder begrüßen wir die Förderung von sog. „Childhood-Houses“, wie in Düsseldorf, die den Kindern ermöglichen in einem geschützten Rahmen untersucht und vernommen zu werden, sodass diese nicht mehrfach in irgendwelchen Besprechungszimmern ihre Erlebnisse schildern müssen. Gerade beim kindlichen Opferschutz braucht es mehr solcher Projekte und mehr Bemühungen, die Kindersicht mitzudenken. Solche Einrichtungen könnte man in der Strafprozessordnung verpflichtend einführen.

7. Welche Erfordernisse sieht Ihre Partei bezüglich der Fortentwicklung von Schwerpunkten und Strukturen der nationalen Extremismusprävention?

Wir brauchen Strukturen gegenüber allen extremistischen Ansätzen. Wir haben nicht nur Extremismus von rechts, sondern aus vielen verschiedenen Richtungen. Hier brauchen wir mehr Aufklärung, mehr Personal, Aussteigerprogramme und natürlich Bildung, damit Kinder und Jugendliche gar keinen Anreiz haben, sich mit Extremisten einzulassen.